



FDP

Resolution

Solidarität mit Afghanistan

Mit Fassungslosigkeit und großer Sorge nimmt der Rat der Gemeinde Grefrath die dramatische und verzweifelte Lage der Menschen in Afghanistan wahr.

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist eine Bedrohung für Leib und Leben der jahrelangen Verbündeten der Bundeswehr im Land. Es ist unsere moralische Verantwortung und eine Frage der Solidarität, die Ortskräfte und ihre Familien zu unterstützen, da diese durch die Machtergreifung der Taliban besonders gefährdet sind.

Auch Afghaninnen und Afghanen, die in NRW und hier bei uns in Grefrath leben, bangen um ihre Angehörigen.

Betroffen sind alle Menschen, die für deutsche und internationale Einrichtungen, für die Bundeswehr, die Polizei, die Entwicklungshilfe und für die Medien gearbeitet haben, aber auch alle Afghaninnen und Afghanen, darunter Menschen- und Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Frauenrechtlerinnen und -rechtler, NGO-Mitarbeitende oder Künstlerinnen und Künstler.

Der Rat der Gemeinde Grefrath bekennt sich zur Solidarität mit allen Afghaninnen und Afghanen.

Der Rat der Gemeinde Grefrath setzt sich für unbürokratische Aufnahmeprogramme auf allen politischen Ebenen ein und bekräftigt seine in verschiedenen Beschlüssen dokumentierte Bereitschaft, Geflüchtete aus Krisenregionen aufzunehmen.

Wir fordern daher von Bund und Land ein großzügiges und unbürokratisches Aufnahmeprogramm, das für jede Afghanin und jeden Afghanen die Chance bietet, es in Anspruch zu nehmen.

Wir unterstützen die Landesregierung bei der geplanten Aufnahme von geflüchteten Menschen, tauschen uns über weitere Hilfsmöglichkeiten aus und verpflichten uns, auf kommunaler Ebene einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Für uns ist es selbstverständlich, geflüchteten Menschen ein freundliches Gesicht zu zeigen: Grefrath kann und wird helfen!

Grefrath, 26.10.2021